

**Rede
des sozial- und gesundheitspolitischen Sprechers**

Uwe Schwarz, MdL

zu TOP Nr. 15

Abschließende Beratung

**Paradigmenwechsel bei Corona-Tests in
Niedersachsen überfällig - medizinisches und
pflegerisches Personal regelmäßig präventiv testen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
Drs. 18/6621

während der Plenarsitzung vom 28.04.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Liebe Meta Janssen-Kucz, ich erinnere mich sehr gut an den April 2020 und an das, was der Sozialaus-schuss seitdem macht. Er ist eine Zeitlang sozusagen das allein arbeitende Gremium dieses Landtages gewesen. Und auch heute wird noch in jeder Sitzung jede Facette von Corona hoch und runter bearbeitet. Wie Sie angesichts dessen behaupten können, dort würden Anträge liegengelassen - das hat mit der Realität gar nichts zu tun und übrigens auch nichts mit der Realität dieses Antrages.

In der Tat: Sie haben Ihren Antrag am 3. Juni direkt eingebracht, und zwar zur federführenden Beratung in den Sozialausschuss und zur Mitberatung in den Haushaltsausschuss und in den Kultusausschuss.

Wir haben die Beratungen auch unmittelbar nach der Einbringung aufgenommen, konnten sie aber nicht weiterführen, weil die Sitzung bedingt durch Corona nur genau einen Tagesordnungspunkt geschafft hat, nämlich: Aktuelle Situation Corona. Dann ist die Antragsberatung auf die nächste Sitzung verschoben worden.

Dann haben wir ein Verfahren besprochen, haben den Antrag in die Mitberatung gegeben und haben bis Dezember auf die Rückkehr aus der Mitberatung gewartet. Dazwischen waren - das nur ganz nebenbei - Parlamentsferien, in denen der Sozialausschuss stand-by gestanden hat, und danach waren die Haushaltsberatungen. Zwischenzeitlich, datiert aus dem September 2020, gab es von Ihnen auch noch einen Änderungsantrag, mit dem Sie Ihrem Antrag einen weiteren Punkt hinzugefügt haben. Zu diesem Zeitpunkt ist die Beratung aber auch wieder aufgenommen worden.

Ich könnte das Spielchen, das seit Monaten im Ausschuss gespielt wird, jetzt noch weitertreiben. Ich kritisiere das nicht, aber man muss auch ehrlich sein: Dieser Ausschuss wird mit Anträgen von FDP und Grünen überflutet, teilweise mit gleichlautenden Punkten. Das ist auch alles in Ordnung, aber: Wenn wir jeden Donnerstag ab 10 Uhr sämtliche Fragen zu Corona bearbeiten - übrigens in der Regel Fragen, die Sie stellen - und viele weitere Entschließungsanträge auf der Tagesordnung stehen, dann kommt gerade von den Oppositionsfraktionen regelmäßig der Hinweis, bitte nicht länger als 14 Uhr zu tagen, weil ein Schiff oder ein Anschlusstermin erreicht werden muss.

Ich kann davon zwischenzeitlich ein Lied singen. Denn wir weisen dann darauf hin, dass gegebenenfalls auch einmal eine Tagesordnung zu Ende bearbeitet werden muss. Aber nein, in der Regel ist um 14 Uhr, 14.30 Uhr Schicht, sogar dann, wenn Ganztagsitzungen anberaumt waren.

Also, diese Litanei von Anträgen kann nicht abgearbeitet werden, weil dafür überhaupt keine Zeit mehr zur Verfügung steht. Und das liegt nicht an uns, um das noch einmal klarzustellen. In dem Moment, in dem wir das gemacht haben, sind die Anträge auch hier eingebracht worden und stehen hier dementsprechend zur Bearbeitung an. Ich will damit nur deutlich sagen: Da findet keine Verzögerung statt. Das kann man anhand der Protokolle ziemlich genau nachvollziehen.

Wenn man aber merkt, dass sich ein Antrag offenkundig überholt hat, weil er weitgehend erledigt ist - ich habe das im Ausschuss wiederholt gesagt -, dann kann man ja vielleicht mal überprüfen, ob er nicht auch zurückgezogen werden könnte. Und wenn man darüber hinaus ab und an auch mal feststellt, dass es gegebenenfalls ehrlich gemeint ist, wenn Anträge bearbeitet werden sollen, dann wundere ich mich über den Hinweis aus der Opposition - damit ist übrigens die Opposition insgesamt gemeint; ich glaube, es war in der letzten Sitzung vor dem letzten regulären Plenum, da hatten wir drei oder vier Anträge überwiesen bekommen -: Wir brauchen keine Unterrichtung durch die Landesregierung, das kann hier sofort abgestimmt werden. Und dann geht das zurück ins Parlament.

Meine Damen und Herren, so geht es doch auch nicht. Sie können doch nicht erst sagen: „Wir möchten eine ordentliche Bearbeitung“ und beim nächsten Mal sagen: „Die Unterrichtung durch die Landesregierung interessiert uns überhaupt nicht, das ist doch alles nur ein Showeffekt sei, wir wollen das gar nicht intensiv bearbeiten“ und darauf drängen, den Antrag zurück ins Parlament zu geben.

Dieser Antrag ist ordentlich bearbeitet worden. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Er ist in der Tat vollständig erledigt. Es wäre kein Problem, ihn zurückzuziehen. Das haben Sie aber nicht getan. Also bleibt heute nur die Variante, dass er hier abgelehnt wird.

Ich habe die Begründung von Meta Janssen-Kucz im Sozialausschuss vom 25. März laut Protokoll noch einmal gelesen und zitiere: „Fast alle Forderungen darin hätten sich nun erledigt, weil der Antrag nicht ausreichend beraten worden sei.“ Aber das ist völlig falsch. Sie haben sich erledigt, weil die Landesregierung das alles erledigt hat und die Landesregierung an dieser Stelle gut gearbeitet hat. Da bin ich bei Petra Joumaah: Das ist eine wirklich gute Leistung gewesen.

Wir können doch einfach mal gemeinsam zufrieden sein, dass das, was Sie da aufgeschrieben haben, von der Landesregierung 1:1 umgesetzt worden ist. Wenn das, was umgesetzt werden sollte, heute nicht mehr beschlossen werden kann, weil es schon umgesetzt ist, dann ist das eine logische Konsequenz, meine Damen und Herren.